

20.000 Bauern protestieren für höhere Preise

HAMBURG dpa | Mehr als 20.000 Milchbauern sind in der Nacht zu Freitag für höhere Milchpreise auf die Straßen gegangen. Sie zogen mit Fackeln vor rund 80 Molkereien in Deutschland. Die Bundesregierung prüft nun eine finanzielle Entlastung der Milchbauern. Sie erwägt, die EU-Direktzahlungen, die sonst am Ende des Jahres gezahlt werden, vorzuziehen. Das sei „anzuerkennen“, sagte Hans Foldenauer vom Bundesverband der deutschen Milchviehalter. Das Problem der Überproduktion werde aber nicht gelöst. Die Bauern sehen sich wegen des niedrigen Milchpreises in ihrer Existenz gefährdet. Der von den Molkereien gezahlte Preis ist seit Oktober 2008 um rund 10 Cent auf 20 bis 26 Cent pro Liter gesunken. Für den 29. April kündigten die Landwirte weitere Demonstrationen an. **meinung und diskussion SEITE 14**

G-20-Opfererlag innerer Blutung

LONDON dpa | Wende in der Affäre um Polizei-Übergriffe bei den G-20-Protesten in London: Der Mann, der kurz nach einer Attacke eines Polizisten tot zusammenbrach, starb an inneren Blutungen. Das ergab eine am Freitag bekannt gewordene zweite Obduktion. Zunächst hatte die Polizei erklärt, der 47-jährige Mann sei auf natürliche Weise an den Folgen eines Herzinfarkts gestorben. Die britische Polizei war aber unter Druck geraten, nachdem auf einem im Internet verbreiteten Video die Schlagstockattacke eines Polizisten zu sehen war. Der Polizist wurde dann vom Dienst suspendiert. Jetzt wurde er von der Polizeiaufsichtsbehörde wegen des Verdachts der fahrlässigen Tötung befragt. Die Ursache der Blutungen ist noch nicht geklärt.

Verstaatlichung der HRE beginnt

BERLIN dpa | Mit einem Übernahmeangebot an die Aktionäre hat der Bund die vollständige Verstaatlichung des maroden Immobilienkonzerns Hypo Real Estate (HRE) eingeleitet. Bis zum 4. Mai könnten die Aktionäre ihre Aktien zu einem Preis von 1,39 Euro an den Bund verkaufen, teilte der Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung am Freitag mit. Die Finanzaufsicht Bafin hatte das Übernahmeangebot zuvor genehmigt. Durch die Offerte will sich der Bund 100 Prozent der Anteile an der HRE sichern. Das betrifft insbesondere Großaktionär J. C. Florwieser, der erklärt hat, seinen Anteil von knapp 22 Prozent halten zu wollen. Notfalls will der Bund enteignen. Dann würde er einen geringeren Preis für die Aktien zahlen.

Liebe Kollegen, auch die nächsten 30 Jahre täglich wie gute Zeitung wünschen Euch

Die Netzmacher
Internet ist Handwerk

Gensoja statt Alpenklee

MILCHERZEUGUNG Eine Stichprobe von Greenpeace bei vier großen Molkereien zeigt: Im Futtertrog der Milchkühe landet häufig gentechnisch verändertes Soja. Ob es sich gänzlich ersetzen lässt, darüber streiten die Experten

VON HEIKE HOLDINGHAUSEN

Das Bärchen steht auf einer grünen Almwiese und schüttet frischeste Alpenmilch in eine Milchkanne. Den drolligen Werbeträger der „Bärenmarke“ kennt wohl jeder – doch die Idylle trübe, sagt Greenpeace. „In den Futtertrögen der Kühe, die die Milch für Bärenmarke geben, landet gentechnisch verändertes Soja aus Südamerika“, erklärt Alexander Histing, Agrarexperte der Umweltschutzorganisation.

Diese hat sich jeweils vier Höfe vorgenommen, die vier Molkereien beliefern, die Milch im Premiumsegment anbieten: Weihenstephan, Allgäuland, Bärenmarke und Landliebe. In den entnommenen Futterproben der ersten drei genannten Molkereien fanden die beauftragten Labore jeweils gentechnisch verändertes Soja. „Gerade in diesem Hochpreissegment wiegt die Täuschung der Verbraucher besonders schwer“, sagt Histing. Den Kunden würde in der Werbung und auf den Verpackungen vorgegaukelt, ein regional und naturnah erzeugtes Produkt zu erwerben. „Dafür zahlen sie ja auch mehr“, so der Greenpeace-Experte.

Bei einer ähnlichen Aktion war Greenpeace schon einmal erfolgreich. Jahrelang startete die Organisation Aktionen gegen die Molkerei Landliebe. Im



Nix grüne Wiese – viele Kühe ernähren sich von importiertem Genfutter Foto: Plainpicture/Mira

vergangenen Jahr verpflichtete diese ihre Lieferanten schließlich dazu, auf Genfutter zu verzichten. Die Proben des zu dem holländischen Milch-Riesen Campina gehörenden Unternehmens wiesen denn auch keine Spuren von gentechnisch verändertem Soja auf. „Das zeigt doch, dass eine Fütterung ohne Gentechnik möglich ist“, sagt Weihenstephan. Die Tochter der

Müller-Milch-Gruppe wehrt sich in einem Schreiben an die Verbraucher gegen die „gegen unser Unternehmen stellvertretend für die ganze Branche geführte Greenpeace-Kampagne“. Es sei wissenschaftlich erwiesen, dass eine genetische Veränderung von Tierfutter auf die Milch keine Auswirkungen habe. Denn das Futter werde im Tierrorganismus ganz normal verdaut und abgebaut. Greenpeace gehe es aller-

dings vor allem darum, dass der Anbau von Genpflanzen nicht nur in Europa, sondern weltweit zurückgedrängt werde, so Histing. „Es ist ja schön, dass wir in Deutschland jetzt ein Verbot des Genmaises MON 810 haben“, sagt er, „aber mit unserem Konsum tragen wir dazu bei, dass die umweltschädlichen Pflanzen etwa in Brasilien weiter angebaut werden.“ Weihenstephan meint dagegen, gentechnisch verändertes Futter lasse sich aus

der Landwirtschaft sowieso nicht mehr wegdenken. Genverändertes Tierfutter sei bei fast allen deutschen Landwirten seit langem ein fester Bestandteil der Tierfütterung. Auch der Deutsche Verband Tierernährung (DVT) in Bonn hält die Umstellung auf gentechnikfreies Tierfutter für die gesamte Branche nicht machbar. Ein Großteil des importierten Sojas stamme aus den USA, Brasilien und Argentinien – und dort werde nun einmal großflächig Gensoja angebaut, sagt Sprecherin Britta Noras. Ein einseitiger Ausstieg der deutschen Landwirte aus Gentechnikfutter führe zudem zu einem verzerrten Wettbewerb, den sie auf dem europäischen und dem Weltmarkt nicht bestehen könnten, so Noras.

Natürlich könne man auf die Fütterung von Gensoja verzichten, sagt hingegen Romuald Schaber. Der Vorsitzende des Bundesverbandes Deutscher Milchviehalter hält eine Umstellung des Tierfutters auf gentechnikfreies Soja oder Raps für möglich. Auf dem Markt sei davon genügend erhältlich, meint der Milchbauer. Greenpeace-Experte Histing verweist unterdessen auf das „fantastische Magensystem“ von Kühen, das die Fütterung von eiweißreichem Soja nicht erfordere. „Raps, Lupinen, Ackerbohnen und Klee gras sind ein prima Ersatz.“

Kartellamt prüft Stromanbieter

PREISPOLITIK Vattenfall und Co müssen ihre Kalkulationen rechtfertigen. Das Kartellamt fürchtet, dass „etwas im Argen liegt“ – und Kunden zu viel zahlen

BERLIN taz | „Auf den ersten Blick scheint die Einführung des Wettbewerbs auf den Strom- und Gasmärkten geglückt zu sein“, sagte am Freitag der Vorsitzende des Bundes der Energieverbraucher, Aribert Peters. „Ein zweiter Blick enthüllt jedoch, dass unter dem Deckmantel des Wettbewerbs die Verbraucher kräftiger als je zuvor ausgebeutet werden.“

Ob und inwiefern Energieunternehmen ungerechtfertigte Gewinne durch Preismanipulation einfahren, will nun das Bundeskartellamt genau unter die Lupe nehmen. In einer sogenannten Sektoruntersuchung will sich das von Bernhard Heitzer geleitete Amt eine umfangreiche Datengrundlage verschaffen. Im Visier stehen die rund 60 größten Kraftwerksbetreiber und Großhändler, die zusammen über 90 Prozent der deutschen Erzeugungskapazität abdecken. Allein die vier größten Unternehmen – Eon, Vattenfall, RWE und EnBW – kontrollieren über 80 Prozent der Stromproduktion. Untersucht werden die Jahre 2007 und 2008.

Das Bundeskartellamt kann seit 2005 mit den Sektoruntersuchungen detaillierte Einsichten in die Akten der Unternehmen verlangen. Bereits in der Vergangenheit nutzte das Amt das Instrument der Sektoruntersuchung, um den Wettbewerb in der Mineralölindustrie und auf dem Markt der Ferngasnetze zu prüfen. Beide Verfahren laufen noch. Im jetzigen Fall sollen in erster Linie Daten zu Kosten der Stromerzeugung, zur Nutzung der Kraftwerke sowie zum Angebot auf den Großhandelsmärkten zusammengestellt werden. Die Wettbewerbsbehörden wollen

gegen die Stromanbieter vorgehen, wenn sie ihnen missbräuchliche Verhaltensweisen nachweisen können. Unter anderem wird geprüft, ob die Unternehmen ihre Angebotsmengen eventuell künstlich an der Strombörse in Leipzig verknäpften, um so die Preise in die Höhe zu schrauben.

Das Bundeskartellamt betonte, dass kein konkreter Verdacht die jetzige Untersuchung ausgelöst habe. „Aber wir machen so eine Prüfung natürlich nicht auf



Bernhard Heitzer Foto: AP

Rohstoffe werden billiger, aber die Strompreise sind 2008 noch genauso hoch wie ein Jahr zuvor

Märkten, wo der Wettbewerb tobt, sondern dort, wo die Ahnung haben, dass etwas im Argen liegen könnte“, sagte ein Amtsprecher zur taz. So stelle sich angesichts des starken Sinkens der Rohstoffpreise im dritten und vierten Quartal 2008 die Frage, warum die Stromgroßhandelspreise in diesem Zeitraum so hoch lagen wie im Jahr 2007.

Die Stromanbieter haben jetzt Datenbögen erhalten. Sie müssen diese bis zum 6. Mai an das Kartellamt zurückschicken. Die Wettbewerbsbehörden veranschlagen mehrere Monate für die Auswertung der Unterlagen, denn sie werden mehrere Millionen Einzeldaten analysieren müssen.

Martin Pack, RWE-Sprecher, sagte: „Wir haben bereits vor zwei Jahren nachgewiesen, dass wir nicht manipulieren. Seitdem hat sich an unserem Verhalten nichts geändert.“ Vattenfall wollte am Freitag keinen Kommentar abgeben, ein Eon-Sprecher verwies auf den Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft. Dieser Verband sieht der Prüfung anscheinend sehr gelassen entgegen. In einer schriftlichen Stellungnahme hieß es: „Wir haben hierzulande auf dem Strommarkt eine Vielfalt, die in Europa ihresgleichen sucht.“ In anderen europäischen Ländern sei die Marktkonzentration viel stärker.

Bereits im Mai 2006 hatte die Europäische Kommission belastendes Material bei einer Untersuchung der Eon-Geschäftsräume zutage gefördert. Die Folge: Eon muss sich von Teilen seiner Kraftwerke und vom Netz trennen. **NADINE MICHEL**

Politischer Druck

GORLEBEN Bereits in den 80er-Jahren gab es Zweifel an Eignung des Salzstocks als Atomendlager

HANNOVER taz | Die maßgebliche Endlagerexperten des Bundes haben schon 1983 die Untersuchung von Alternativen zum Salzstock Gorleben verlangt. Eine entsprechende Empfehlung wurde aber auf massiven politischen Druck aus dem ersten offiziellen Gutachten zu dem Endlagerstandort gestrichen.

Professor Helmut Röthemeyer, der als Abteilungsleiter in der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) damals verantwortlich für den Zusammenfassenden Zwischenbericht über bisherige Ergebnisse der Standortuntersuchung in Gorleben war, erinnert sich heute mit Schrecken an das Gespräch mit Ministeriumsvertretern, das der Änderung des Gutachtens vorausging. Der taz sagte Röthemeyer am Freitag: „Ich habe ansonsten nie wieder ein solches Gespräch geführt in meinem ganzen Leben.“

Professor Röthemeyer war seinerzeit der höchste staatliche Endlagerexperte. Die von ihm geleitete Abteilung wurde später zur Abteilung „Sicherheit nuklearer Entsorgung“ im Bundesamt für Strahlenschutz umgewandelt. Dem zusammenfassenden Gutachten von 1983 ging die Erkundung des Salzstocks durch eine Vielzahl von Bohrungen voraus, die aber nicht das erhoffte Ergebnis brachten. Röthemeyers Kollegen mussten in ihrem Gutachten deshalb etwa feststellen, dass das von einer eiszeitlichen Rinne durchzogene Gestein über dem Salzstock nicht ausreichend ist, „Kontaminationen auf Dauer von der Biosphäre zurückzuhalten“.

Die Wissenschaftler wollten dann auch die Schlussfolgerung

ihres Gutachtens entsprechend gestalten. „Wegen des Erkundungsrisikos in Gorleben und aus Gründen der Akzeptanz des Standorts haben wir in den Bericht die Empfehlung hineingeschrieben, einen zweiten Standort zu untersuchen“, erinnert sich Röthemeyer. Der Entwurf der Empfehlung sei dann den beteiligten Wissenschaftlern zugesandt worden, um ihn zunächst unter den Experten zu diskutieren.

Dies sollte auf einem Treffen in der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe in Hannover geschehen. „Zu dem Treffen erschienen dann aber unerwartet auch Vertreter des Bundeskanzleramtes und der Bonner Ministerien für Forschung und Technologie und Inneres“, erinnerte sich Röthemeyer. Die Ministeriumsvertreter forderten die Physikalisch-Technische Bundesanstalt zur Änderung ihres Gutachtens auf. „Es gab nichts Schriftliches, keine schriftliche Weisung, aber wir mussten das Gespräch klar als Weisung auffassen“, sagt Röthemeyer.

Die Forderung nach „vorsorglichen Erkundungsmaßnahmen an anderen Standorten“ wurde deshalb aus dem Gutachten gestrichen. Immerhin gibt es noch den einstigen Entwurf. Dieser attestiert dem Salzstock nicht für hochradioaktiven, sondern nur für schwach- und mittelaktiven Atom Müll eine „sicherlich gegebene Eignung“.

Die Union hält Gorleben nach wie vor für den geeigneten Endlagerstandort in Deutschland. Ihre Forderung deshalb: das Endlager jetzt zügig zu bauen. **JÜRGEN VOGES**